

<https://blog.de.erste-am.com/deutsche-bundestagswahl-entscheidung-ueber-die-zukunft/>

Deutsche Bundestagswahl – Entscheidung über die Zukunft

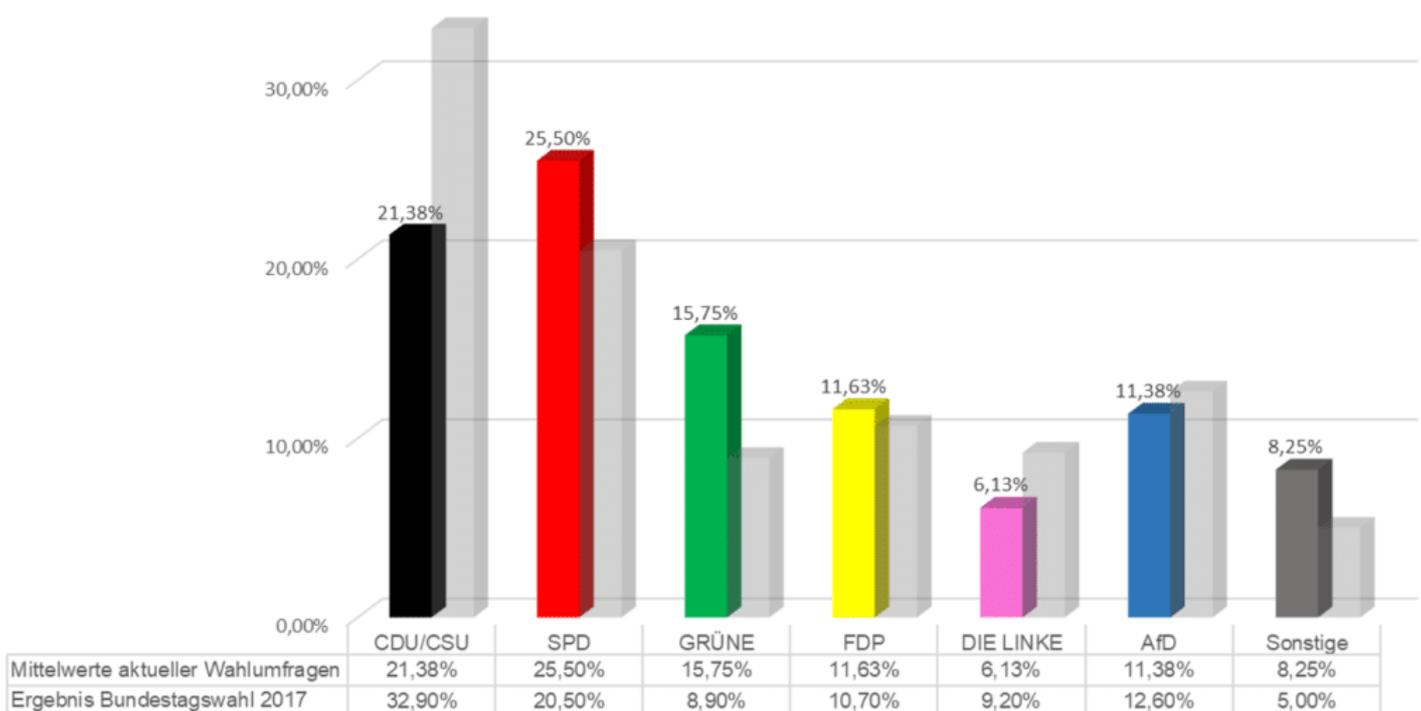
Thomas Schuckert



© (c) Unsplash

Deutschland wird am 26. September 2021 zur Bundestagswahl schreiten. Nach 16 Jahren allerdings erstmals ohne eine Option „Angela Merkel“. Das mediale Hauptaugenmerk liegt derzeit auf den 3 umfragestärksten Parteien SPD, CDU/CSU sowie den GRÜNEN. Nach 2 von 3 geplanten TV-Diskussionen („Trielle“) dürften bereits etwa 75% der Wähler eine Entscheidung getroffen haben.

Stimmenanteile der politischen Parteien (aktuelle Wahlumfragen und Prognosen, Mittelwerte)



Die SPD sowie die GRÜNEN würden in der Wählergunst im Vergleich zur letzten Bundestagswahl 2017 deutlich zulegen, die CDU/CSU müsste ein deutliches Minus zu Kenntnis nehmen. Aber wenn die vergangenen Wochen eines gezeigt haben, dann dass Höhenflüge in Umfragewerten sehr schnell beendet und das Potential für signifikante Änderungen durchaus vorhanden ist.

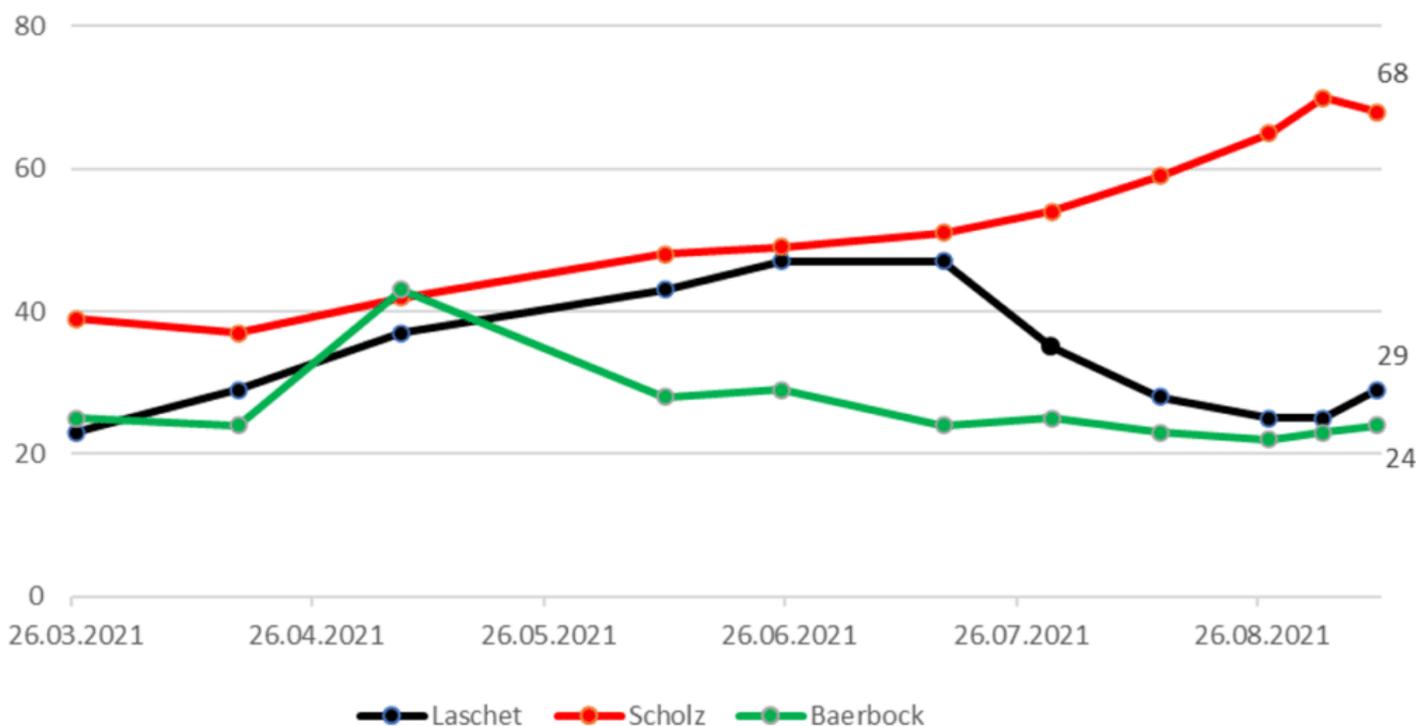
Trend und Trendumkehr

Im Verlauf des Wahlkampfes sind die drei führenden Parteien SPD, CDU/CSU und GRÜNE bereits durch Höhen und Tiefen geschritten. Die Umfragewerte von **Annalena Baerbock** (GRÜNE) sind von Höchstständen im April mit Aussicht auf Platz 1 deutlich eingebrochen (Korrekturen des Lebenslaufs, Nebeneinkünfte, Plagiatsvorwürfe). Der Wahlsieg dürfte trotz eines hohen Stellenwerts des Umweltschutzes als Wahlmotiv und der statistischen Schwankungsbreite kaum noch erreichbar sein.

Olaf Scholz (SPD, Finanzminister) genießt erst seit wenigen Wochen ein positives Stimmungsumfeld. In den letzten Tagen häuft sich jedoch Kritik (Versäumnisse im Wirecard-Skandal, Cum-Ex Geschäfte der Bank „Warburg, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen einen Finanz-Staatssekretär). Dies könnte ein rasches Ende seines Höhenfluges bewirken.

Armin Laschet (CDU/CSU, Ministerpräsident NRW) hatte seit der Wahl zum Spitzenkandidaten mit Querschüssen aus den eigenen Reihen zu kämpfen. Öffentliche Kritik am Corona-Kurs der Bundesregierung unter Angela Merkel als auch Fehler bei öffentlichen Auftritten während der Hochwasserkatastrophe in NRW im Juli haben ihn den Platz 1 in den jüngsten Wahlumfragen gekostet.

Eignung als Bundeskanzler/in (Anteil "ja" in Prozent)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer, Erhebungszeitraum 26.03. - 10.09.2021

Die anhaltend schlechten Umfragewerte für CDU/CSU sowie deren Kanzlerkandidaten haben kurz vor der Wahl zu einem „Sinneswandel“ bei dem Parteienbündnis geführt. Ein gemeinsamer Auftritt mit Dauerkontrahent Söder am CSU-Parteitag, ein 6-Punkte-Sofortprogramm sowie gemeinsame Wahlkampfauftritte mit Angela Merkel sollen die Trendwende bringen. Doch zumindest der Vorsprung bei Umfragen zur Eignung als Bundeskanzler/in (ähnlich wie bei Umfragen zur Sympathie) wird Olaf Scholz wohl nicht mehr zu nehmen sein.

Die Inhalte und Konzepte

In der Außenpolitik gibt es unter den 3 umfragestärksten Parteien im Kern der Sache kaum Unterschiede. Die Befürwortung internationaler Zusammenarbeit sowie eine pro-europäische Haltung in unterschiedlich ausgeprägter Form teilen die Parteien ebenso wie eine Ablehnung gegenüber der aktuellen Politik Russlands. Eine unmittelbare Kursänderung ist nicht zu erwarten.

Deutlich differenzierter fallen die Vorschläge im Bereich „**Ökologisierung der Wirtschaft**“ aus. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts verlangt eine detailliertere Regelung zum Klimaschutz bis Ende 2022 und in der Bevölkerung ist das Thema Umweltschutz eines der wichtigsten Wahlmotive.

Die deutsche Wirtschaft wird sich nachhaltig verändern. Die Weichen für die Abkehr von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Technologien wie Solar bzw. Wasserstoff müssen gestellt werden. Unternehmen in Geschäftsfeldern wie Energiegewinnung (Kohle), Stahl- und Zementherzeugung, Automobilindustrie und Chemie werden gefordert sein, ihre langfristige Ausrichtung und ihre Geschäftsmodelle mehr oder weniger stark anzupassen. Dafür ist langfristige Planungssicherheit für die notwendigen Investitionen erforderlich.

Die Errichtung von Off-Shore Windparks, Solar- und Photovoltaikanlagen sowie der dafür notwendigen Infrastruktur zur Beförderung der Energie an die Konsumenten ist essenziell. Forschung und Entwicklung von Speichertechnologie sowie Investitionen im Bereich Digitalisierung und Ausbau des Breitbandnetzes müssen getätigt werden, um konkurrenzfähig und als Wirtschaftsstandort attraktiv zu bleiben.

Der Gestaltungsspielraum der nächsten Regierung ist groß und wird weitreichende Lenkungseffekte entfalten können. Eine ausgewogene Aufteilung der Kosten zwischen allen Beteiligten ist für die nötige Akzeptanz der Maßnahmen unerlässlich. Die Konzepte jedoch könnten diverser nicht sein.

CDU/CSU:

- Beibehaltung bzw. Abbau der Staatsverschuldung
- Innovationskraft der Unternehmen fördern, weitere Verwendung des Verbrennungsmotors
- Abbau der Bürokratie, keine Steuererhöhungen, Entlastung der Familien

- keine staatliche Preisbestimmung bei der CO2 Besteuerung

SPD:

- Investitionen in öffentlichen Verkehr, Digitalisierung und Wohnbau
- CO2-Neutralität 2045
- Erhöhung des Mindestlohns
- Sicherung des Rentensystems (ohne Anhebung des Antrittsalters)

GRÜNE:

- jährliche Investitionen in Höhe von 50 Mrd. € für die Ökologisierung, eigenes Ministerium für Umweltschutz, vorzeitiger Ausstieg aus Kohle (derzeit 2038)
- Erhöhung des Mindestlohns, Transferzahlungen aus Einnahme der CO2-Steuer
- ab 2030: Neuzulassungen nur mehr für emissionsfreie Autos
- höhere Kapitalanforderungen für Banken

Auf Basis der aktuellen Umfrageprognosen könnten erstmalig 3 Parteien zur Bildung einer Regierung mit Stimmenmehrheit benötigt werden. Eine „AMPEL“, „JAMAICA“ oder „Große“ Koalition mit einer 3. Partei (sofern notwendig) sind dabei noch die wahrscheinlichsten Szenarien aller rechnerischen Mehrheiten. Die Verhandlungen dürften schwierig werden und einige Zeit in Anspruch nehmen. Eine Links-Koalition aus SPD, GRÜNE und LINKE dürfte nach jüngsten Aussagen eher unwahrscheinlich sein (wenn auch mit hohem Potential an politischer Überraschung und Irritation).

Sofern sich die Stimmenzuwächse für die Mitte-Links Parteien beim Wahlergebnis bestätigen, könnten sich deren Inhalte auch verstärkt im zukünftigen Regierungspaket widerspiegeln. Mögliche Auswirkungen wären eine expansivere Fiskalpolitik einerseits und eine stärkere Berücksichtigung sozialer Aspekte wie etwa eine Anhebung des Mindestlohns oder Transferleistungen. Beschränkungen bei Anstiegen der hohen Energiepreise (z.B. Indexierung) sind möglich.

Eine lockere Fiskalpolitik könnte das Wirtschaftswachstum weiterhin unterstützen. Unternehmen kämpfen aktuell mit Lieferengpässen, was in den letzten Monaten zu Kapazitätseinschränkungen und spürbaren Preiserhöhungen in vielen Bereichen geführt hat. Weitere Preissteigerungen für Güter und Dienstleistungen (z.B. aus Mindestlohnerhöhungen) könnten Inflationsängste weiter beflügeln, Erwartungen bei künftigen Lohnverhandlungen beeinflussen und letztendlich zu höheren Renditeerwartungen an den Kapitalmärkten führen.

Es gilt abzuwarten, welchen Einfluss die Nachfolge von Angela Merkel in den politischen Diskurs und die Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene nehmen wird. Für viele, bevorstehende Probleme wird es einen gemeinsamen europäischen Weg brauchen, bei dessen Verhandlungen die politische Gesinnung der/des künftigen Regierungsvorsitzenden eine mehr oder weniger prägende Rolle spielen wird.

Wichtige rechtliche Hinweise

Hierbei handelt es sich um eine Werbemitteilung. Sofern nicht anders angegeben, Datenquelle Erste Asset Management GmbH. Die Kommunikationssprache der Vertriebsstellen ist Deutsch und jene der Verwaltungsgesellschaft zusätzlich auch Englisch.

Der Prospekt für OGAW-Fonds (sowie dessen allfällige Änderungen) wird entsprechend den Bestimmungen des InvFG 2011 idgF erstellt und veröffentlicht. Für die von der Erste Asset Management GmbH verwalteten Alternative Investment Funds (AIF) werden entsprechend den Bestimmungen des AIFMG iVm InvFG 2011 „Informationen für Anleger gemäß § 21 AIFMG“ erstellt.

Der Prospekt, die „Informationen für Anleger gemäß § 21 AIFMG“ sowie das Basisinformationsblatt sind in der jeweils aktuell gültigen Fassung auf der Homepage www.erste-am.com jeweils in der Rubrik Pflichtveröffentlichungen abrufbar und stehen dem/der interessierten Anleger:in kostenlos am Sitz der jeweiligen Verwaltungsgesellschaft sowie am Sitz der jeweiligen Depotbank zur Verfügung. Das genaue Datum der jeweils letzten Veröffentlichung des Prospekts, die Sprachen, in denen das Basisinformationsblatt erhältlich ist, sowie allfällige weitere Abholstellen der Dokumente, sind auf der Homepage www.erste-am.com ersichtlich. Eine Zusammenfassung der Anlegerrechte ist in deutscher und englischer Sprache auf der Homepage www.erste-am.com/investor-rights abrufbar sowie bei der Verwaltungsgesellschaft erhältlich.

Die Verwaltungsgesellschaft kann beschließen, die Vorkehrungen, die sie für den Vertrieb von Anteilscheinen im Ausland getroffen hat, unter Berücksichtigung der regulatorischen Vorgaben wieder aufzuheben.

Hinweis: Sie sind im Begriff, ein Produkt zu erwerben, das schwer zu verstehen sein kann. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, empfehlen wir Ihnen, die erwähnten Fondsdokumente zu lesen. Diese Unterlagen erhalten Sie zusätzlich zu den oben angeführten Stellen kostenlos am jeweiligen Sitz der vermittelnden Sparkasse und der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG. Sie können die Unterlagen auch elektronisch abrufen unter www.erste-am.com.

Wichtig: Die im Basisinformationsblatt angeführten Performance-Szenarien beruhen auf einer Berechnungsmethodik, die in einer EU-Verordnung vorgegeben ist. Die künftige Marktentwicklung lässt sich nicht genau vorhersagen. Die dargestellten Performance-Szenarien zeigen nur mögliche Erträge auf, basieren dabei aber auf den Erträgen in der jüngeren Vergangenheit. Die tatsächlichen Erträge könnten niedriger ausfallen als angegeben.

Unsere Analysen und Schlussfolgerungen sind genereller Natur und berücksichtigen nicht die individuellen Merkmale unserer Anleger:innen hinsichtlich des Ertrags, der steuerlicher Situation, Erfahrungen und Kenntnisse, des Anlageziels, der finanziellen Verhältnisse, der Verlustfähigkeit oder Risikotoleranz.

Bitte beachten Sie: Die Wertentwicklung der Vergangenheit lässt keine verlässlichen Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung eines Fonds zu. Eine Veranlagung in Wertpapieren birgt neben den geschilderten Chancen auch Risiken. Der Wert von Anteilen und deren Ertrag können sowohl steigen als auch fallen. Auch Wechselkursänderungen können den Wert einer Anlage sowohl positiv als auch negativ beeinflussen. Es besteht daher die Möglichkeit, dass Sie bei der Rückgabe Ihrer Anteile weniger als den ursprünglich angelegten Betrag zurückerhalten. Personen, die am Erwerb von Investmentfondsanteilen interessiert sind, sollten vor einer etwaigen Investition den/die aktuelle(n) Prospekt(e) bzw. die „Informationen für Anleger gemäß § 21 AIFMG“, insbesondere die darin enthaltenen Risikohinweise, lesen. Ist die Fondswährung eine andere Währung als die Heimatwährung des/der Anleger:in, so können Änderungen des entsprechenden Wechselkurses den Wert der Anlage sowie die Höhe der im Fonds anfallenden Kosten - umgerechnet in die Heimatwährung - positiv oder negativ beeinflussen.

Wir dürfen dieses Finanzprodukt weder direkt noch indirekt natürlichen bzw. juristischen Personen anbieten, verkaufen, weiterverkaufen oder liefern, die ihren Wohnsitz bzw. Unternehmenssitz in einem Land haben, in dem dies gesetzlich verboten ist. Wir dürfen in diesem Fall auch keine Produktinformationen anbieten.

Zu den Beschränkungen des Vertriebs des Fonds an amerikanische oder russische Staatsbürger entnehmen Sie die entsprechenden Hinweise dem Prospekt bzw. den „Informationen für Anleger gemäß § 21 AIFMG“.

In dieser Mitteilung wird ausdrücklich keine Anlageempfehlung erteilt, sondern lediglich die aktuelle Marktmeinung wiedergegeben. Diese Mitteilung ersetzt somit keine Anlageberatung und berücksichtigt weder die Rechtsvorschriften zur Förderung der Unabhängigkeit von Finanzanalysen, noch unterliegt sie dem Verbot des Handels im Anschluss an die Verbreitung von Finanzanalysen.

Die Unterlage stellt keine Vertriebsaktivität der Verwaltungsgesellschaft dar und darf somit nicht als Angebot zum Erwerb oder Verkauf von Finanz- oder Anlageinstrumenten verstanden werden.

Die Erste Asset Management GmbH ist mit den vermittelnden Sparkassen und der Erste Bank verbunden.

Beachten Sie auch die „Informationen über uns und unsere Wertpapierdienstleistungen“ Ihres Bankinstituts.

Druckfehler und Irrtümer vorbehalten.



Thomas Schuckert

Senior Fund Manager